

Stellungnahme der Jugendverbände zu Top 6 Kommunal- und Verwaltungsreform für Rheinland-Pfalz – LJHA-Sitzung vom 9.06.08

Verfasserin: Stephanie Otto, Mitglied LJHA (BDP/Jugendverbände)

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Zunächst herzlichen Dank für die Gelegenheit, die den Jugendverbänden hier im Ausschuss zur Stellungnahme eingeräumt wird.

Ein bisschen habe ich mich informiert bei den neuen Medien. Zu lesen ist auf der Homepage der Bürgerkongresse des Landes zur Kommunal- und Verwaltungsreform:
(www.buergerkongresse.de)

„Überschaubare Größenverhältnisse, besondere Bürgernähe und der Respekt vor gewachsenen Strukturen sind besondere Markenzeichen von Rheinland-Pfalz. Die Landesregierung will und wird das erhalten und gleichzeitig das Bewährte fit machen für die nächsten Jahrzehnte.“

- Die Optimierung der Zuständigkeiten für öffentliche Aufgaben, also: Welche Verwaltung ist wofür zuständig?
Kommentar: Dafür ist zu untersuchen, wo es nicht optimal läuft. Wo dies der Fall ist, muss nach Optimierungen gesucht werden, aber auch nur da!
- Die Optimierung von Verfahrensabläufen, also: Wie kann die Verwaltung noch bürgernäher und gleichzeitig kostengünstiger werden?
 - **Kommentar: impliziert das etwa, dass Bürgernähe per se kostengünstiger ist? Oder ist die Beantwortung der Frage auch umgekehrt möglich?**
 -

- Die Optimierung der kommunalen Gebietsstrukturen, also die Angleichung von Verbandsgemeinde- und gegebenenfalls Kreisgrößen an ihre neuen Aufgaben und die Herausforderungen der Zukunft.

Ein Vorschlag: Jugendämter der kreisangehörigen Städte gehen an die Kreise!

Aus Sicht einer Betroffenen:

In Bad Kreuznach standen wir 2001/2002 vor dieser Situation aus finanziellen Gründen, wir haben uns als Jugendverbände aktiv für den Erhalt eingesetzt.

Respekt vor gewachsenen Strukturen:

Das Stadtjugendamt in KH ist mittlerweile 83 Jahre alt.

Der Sozialraum ist den Fachleuten bekannt. In der Pädagogik nimmt die Bedeutung des Sozialraums zu, auch in der Bildungspolitik des Landes gewann die Sozialraumbetrachtung an Bedeutung, z.B. bei der GTS.

Bürgerkongresse als Interesse am Bürgerwillen

Binnen zwei Wochen haben junge und alte BürgerInnen 3450 Stimmen in KH gegen die Abgabe des JA gesammelt, mit inhaltlichen Argumenten

Gesamtverantwortung wird aufgegeben

Sind die kreisangehörigen Städte keine Träger der örtlichen Jugendhilfe mehr, tragen diese die in KJHG §79 verbriefte Gesamtverantwortung nicht mehr.

Das heißt Planungsverantwortung wird abgegeben

Kein JA = ein Jugendhilfeausschuss fällt weg!

Gerade in einer Zeit, in der das Erfahrungswissen über die jüngere Generation bei den Erwachsenen rar wird, das demographische Ungleichgewicht zwischen den Generationen die Gesellschaft zu Ungunsten der heranwachsenden Generation verändert, bedarf es in besonderem Maße einer angemessenen Vertretung in der kommunalen Politik, die die Perspektive der Kinder und Jugendlichen **advokatorisch** vertritt und in den

Mittelpunkt ihrer politischen Bemühungen rückt.

Hierzu ein paar Zahlen der Uni Siegen: Betrachtet man alle Haushalte der Erwachsenen: Sind über 50 % kinderfrei
Schaut man sich die Haushalte ökonomisch aktiver Erwachsener (bis 55. Lebensjahr) an: sind 37 % kinderfrei

Einzelne Ehrenamtliche müssen immer mehr schultern:
Größere Entscheidungsräume (Kreis mit Stadt) heißt auch im politischen Raum immer mehr Arbeit auf den Schultern Weniger. Wichtige Informationen kommen nicht mehr an. Die neuen Medien machen den Informationsfluss zwar schneller, doch unsere menschlichen Festplatten, sprich Gehirne nicht aufnahmefähiger!

Demokratie lebt von der Teilung der Macht und der Verantwortung

Der Jugendhilfeausschuss ermöglicht das Zusammenwirken der politischen und fachlichen AkteurlInnen vor Ort
Ein ortsnaher Ausschuss ermöglicht die direkte Partizipation für Kinder und Jugendliche. In die Einwohnerfragestunde des JHA in der Stadt Bad Kreuznach kommen immerhin mindestens einmal im Jahr Fragende. Im KJHA erinnere ich mich im letzten Jahrzehnt an 1-2 Fragende.

Jugendarbeit lebt vom „Lernen am Vorbild“

im Nahraum müssen „Verantwortungs-Vorbilder“ erlebbar bleiben das gilt gleichermaßen für den JHA, als auch für die komplette Verantwortung – also Ausstattung und Personal - für die Kindertagesstätte.

Erlebe ich immer mehr Menschen mit der Aussage „da kann ich nichts machen, das macht die VG, der Kreis etc., dann verhalte ich mich auch so! Dann nimmt auch Eigeninitiative vor Ort ab!
(Das Land gibt von oben nach unten ab, unten passiert genau das Umgekehrte)

Das Jugendamt benötigt nahe Schnittstellen in die Verwaltung, z.B. Bau eines Treffpunktes für Jugendliche, was jetzt funktioniert wird ohne Not aufgelöst!?

Eine letztes noch aus Sicht der Jugendverbände:

Kostengünstige Optimierung = Stellenabbau??

Was wird gespart?

Eine Amtsleitung? Und sonst? Die Jugendämter sind jetzt schon dünn besetzt, die Jugendverbandsarbeit auch!

In der Jugendarbeit können wir uns keine weitere Ausdünnung der Personalstellen mehr erlauben!

Die Hauptamtlichen in der Jugendarbeit, sowohl in den Kommunen als auch bei den Verbänden sind in RLP rar. Das Land mit den wenigsten Hauptamtlichen bundesweit und dem höchsten ehrenamtlichen Engagement. Doch Jugendarbeit wird komplexer, die KollegInnen in der Jugendverbandsarbeit stehen unter dem Kostendruck ihrer Träger, z.B. nimmt Drittmittel-Einwerbung immer mehr Raum ein

Bei gleichzeitiger Erwartung von Professionalisierung der Arbeit.

Die kommunale Ausstattung der Jugendförderung ist im Land sehr unterschiedlich, aber nirgends üppig, deshalb ist

Optimierung im Feld der Jugendverbandsarbeit

Bestanderhaltung der bestehenden Stellen in der kommunalen und verbandlichen Jugendarbeit!!

Ich möchte mit meinem Lieblingssatz von Hanna Ahrendt schließen:

Keiner hat das Recht zu gehorchen.

Das gilt auch für die rheinland-pfälzische Kommunal- und Verwaltungsreform. Wir fordern Sie auf diese kritisch zu begleiten.

Herzlichen Dank für ihre Aufmerksamkeit!